

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu der Entschließung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013

über die Änderung des Londoner Protokolls

zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten

der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings

A. Problem und Ziel

Neben Vermeidungs- und Anpassungsstrategien wird in den letzten Jahren verstärkt sog. Geo-Engineering (oder auch Climate-Engineering) zur Bekämpfung des Klimawandels diskutiert. Besonders im Fokus steht das marine Geo-Engineering, bei dem die negativen Folgen des durch den Menschen verursachten Klimawandels durch Manipulationen von natürlichen Prozessen der Meeresumwelt begrenzt werden sollen.

Für einen Maßnahmentyp des marinen Geo-Engineerings – die Meeresdüngung – sind bereits zahlreiche Feldversuche durchgeführt worden. Ziel der Meeresdüngung ist die Reduktion der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre. Durch gezielte Düngung der Meere soll ein Algenwachstum stimuliert werden. Nach dem Ableben der Algen sollen diese als Träger des gebundenen CO₂ auf den Meeresboden sinken und dort natürliche CO₂-Senken bilden. In einem vor der Küste British Columbias in Kanada durchgeführten kommerziellen Eisendüngungsexperiment wurden 2012 rund 100 Tonnen Eisensulfat in das offene Meer eingebracht. Ziel war es, die dortigen Lachsbestände zu erhöhen. Mit einer rein wissenschaftlichen Zielsetzung und in kleinem Maßstab wurde unter deutscher Beteiligung zuletzt 2009 das sog. LOHAFEX-Experiment durchgeführt, bei dem im Südatlantik sechs Tonnen Eisensulfat in einem 300 Quadratkilometer großen Versuchsgebiet ausgebracht wurden.

Fristablauf: 21. 09. 18

Da schädigende Effekte auf die Meeresumwelt durch Vorhaben des marinen Geo-Engineerings einschließlich der Meeresdüngung nicht ausgeschlossen werden können und die tatsächliche Eignung als Klimaschutzmaßnahme nicht belegt ist, soll in diesem Gesetzentwurf eine Regelung im Sinne des Vorsorgeansatzes und im Geiste der im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele geschaffen werden.

Seit 2008 unterlag die Meeresdüngung nach verschiedenen internationalen Verträgen internationalen Moratorien. Aufgrund des Vorfalles vor der Küste Kanadas beschlossen die Vertragsparteien des Protokolls von 1996 zum Londoner Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (Londoner Protokoll) am 18. Oktober 2013 eine Änderung des Londoner Protokolls und legten international verbindliche Regelungen zum marinen Geo-Engineering fest. Die Änderungen der EntschlieÙung LP.4(8) treten 60 Tage nach Ratifikation durch zwei Drittel der Vertragsparteien in Kraft.

B. Lösung

Durch das Ratifikationsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation der Änderungen geschaffen werden.

C. Alternative

Keine. Bei einem Verzicht auf die Vorbereitung eines Gesetzgebungsverfahrens könnte die Bundesrepublik unter Druck geraten, wenn erneut Meeresdüngungsaktivitäten unter deutscher Beteiligung oder in deutschen Meeressgewässern stattfinden sollten und keinerlei Kontrolle unterliegen.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es sind keine zusätzlichen Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand zu erwarten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Zusätzliche Kosten für die Wirtschaft sind nicht zu erwarten. Insbesondere sind keine Bürokratiekosten aus Informationspflichten zu erwarten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Zusätzliche Kosten für die Verwaltung sind durch dieses Gesetz nicht zu erwarten.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten beziehungsweise Auswirkungen auf das Preisniveau sind derzeit nicht ersichtlich.

10. 08. 18

U

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu der Entschließung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013
über die Änderung des Londoner Protokolls
zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten
der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 10. August 2018

An den
Präsidenten des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Präsident,

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Entschließung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Der Stellvertreter der Bundeskanzlerin
Olaf Scholz

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zu der EntschlieÙung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Der EntschlieÙung LP.4(8) über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings, wie sie die Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 am 18. Oktober 2013 angenommen haben, wird zugestimmt.

(2) Die EntschlieÙung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die EntschlieÙung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 nach Artikel 21 Absatz 3 des Londoner Protokolls für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die EntschlieÙung findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich, wie das zugrundeliegende Londoner Protokoll, auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Das Vertragsgesetz bedarf nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 6 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates, weil das Übereinkommen Regelungen des Verwaltungsverfahrens enthält, die sich auch an die Länder richten. Die innerstaatliche Umsetzung der Verpflichtungen aus der EntschlieÙung bleibt einem Ausführungsgesetz vorbehalten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel 21 Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt anzugeben.

Schlussbemerkung

Durch die EntschlieÙung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 werden keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verursacht.

Aufgrund der EntschlieÙung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 ergibt sich kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Verwaltung.

Zusätzlicher Erfüllungsaufwand der Wirtschaft beziehungsweise Auswirkungen auf das Preisniveau aufgrund der EntschlieÙung sind nicht zu erwarten.

Das Vertragsgesetz schafft die Voraussetzungen für die Genehmigung der Änderungen des Londoner Protokolls aufgrund der EntschlieÙung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013. Die materiellen Pflichten, die sich aus der EntschlieÙung ergeben, werden durch das Gesetz und die Verordnung zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings in das nationale Recht umgesetzt. Durch das Ausführungsgesetz und die dazugehörige Verordnung entsteht ein geringer Mehraufwand auf der Ebene der Verwaltung des Bundes. Der entstehende Erfüllungsaufwand wurde dazu in der Begründung zum Gesetz zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings dargelegt. Der Mehraufwand an Sach- und Personalkosten soll finanziell und stellenmäßig im jeweils betroffenen Einzelplan ausgeglichen werden.

Für Länder und Kommunen entstehen keine Mehrbelastungen.

EntschlieÙung LP.4(8)
über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung
des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung
und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings
(angenommen am 18. Oktober 2013)

Resolution LP.4(8)
on the amendment to the London Protocol to regulate
the placement of matter for ocean fertilization
and other marine geoengineering activities
(Adopted on 18 October 2013)

Résolution LP.4(8)
portant adoption de l'amendement au Protocole de Londres
visant à réglementer le dépôt de matières effectué au titre d'activités
de fertilisation des océans et d'autres activités de géo-ingénierie marine
(Adoptée le 18 octobre 2013)

(Übersetzung)

The eighth meeting of Contracting Parties to the 1996 protocol to the convention on the prevention of marine pollution by dumping of wastes and other matter 1972,

recalling the objectives of the 1996 Protocol to the London Convention ("London Protocol") that include the protection and preservation of the marine environment from all sources of pollution,

recalling that, in implementing the London Protocol, Contracting Parties are obliged to apply a precautionary approach to environmental protection,

recognizing the importance of the conservation and sustainable use of the oceans and seas and of their resources for sustainable development and that oceans, seas and coastal areas form an integrated and essential component of the Earth's ecosystem and are critical to sustaining it,

noting the ongoing work on geoengineering within the context of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) and the relevant parts of the IPCC Fifth Assessment Report as well as the outcomes of the IPCC expert meeting on geoengineering (Lima, Peru, 2011),

La huitième réunion des Parties contractantes au Protocole de 1996 à la Convention de 1972 sur la prévention de la pollution des mers résultant de l'immersion de déchets,

rappelant les objectifs du Protocole de 1996 à la Convention de Londres (« Protocole de Londres »), qui sont notamment de protéger et de préserver le milieu marin contre toutes les sources de pollution,

rappelant aussi que, en appliquant le Protocole de Londres, les Parties contractantes sont tenues d'appliquer une approche de précaution en matière de protection de l'environnement,

reconnaissant qu'il est important de sauvegarder et d'utiliser de façon durable les océans et les mers et leurs ressources pour garantir un développement durable et que les océans, les mers et les zones côtières font partie intégrante de l'écosystème de la Terre et en sont un élément essentiel et jouent un rôle crucial dans sa viabilité,

notant les travaux en cours sur la géo-ingénierie marine dans le contexte des travaux du GIEC et les parties pertinentes du cinquième rapport d'évaluation du GIEC, ainsi que les résultats de la réunion d'experts du GIEC sur la géo-ingénierie marine (Lima, Pérou, 2011),

Die Achte Sitzung der Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 –

eingedenk der Zielsetzungen des Protokolls vom 7. November 1996 zum Londoner Übereinkommen („Londoner Protokoll“), welche die Erhaltung der Meeresumwelt sowie ihren Schutz vor allen Ursachen der Verschmutzung umfassen;

eingedenk dessen, dass die Vertragsparteien verpflichtet sind, bei der Durchführung des Londoner Protokolls beim Schutz der Umwelt von einem Vorsorgeansatz auszugehen;

in Anerkennung der Bedeutung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Ozeane und Meere und ihrer Schätze für die nachhaltige Entwicklung und der Tatsache, dass Ozeane, Meere und Küstengebiete einen untrennbaren und wesentlichen Bestandteil des Ökosystems der Erde bilden und für dessen Erhaltung von entscheidender Bedeutung sind;

in Anbetracht der laufenden Arbeiten zum Thema Geo-Engineering im Rahmen der Zwischenstaatlichen Sachverständigen-gruppe für Klimaänderungen (IPCC) und der entsprechenden Teile des Fünften Sachstandsberichts des IPCC sowie der Ergebnisse des IPCC-Sachverständigentreffens über Geo-Engineering (Lima, Peru, 2011);

noting United Nations General Assembly resolution A/RES/67/78 on “Oceans and the law of the sea” which recalled the importance of marine scientific research for understanding and conserving the world’s marine environment and resources; and United Nations General Assembly resolution 62/215, concerning “Oceans and the law of the sea”, adopted on 22 December 2007, which in its paragraph 98 “encourages States to support the further study and enhance understanding of ocean iron fertilization”,

recalling resolution LC-LP.1(2008) that agreed that the scope of the London Convention and the London Protocol includes ocean fertilization activities,

reiterating ongoing concerns about the potential environmental impacts of ocean fertilization and noting the concerns about ocean fertilization expressed by, *inter alia*, the United Nations General Assembly, the United Nations Conference on Sustainable Development, the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity and the Intergovernmental Oceanographic Commission of UNESCO,

recalling resolution LC-LP.2(2010) which affirmed that the London Convention and the London Protocol should continue to work towards providing a global, transparent and effective control and regulatory mechanism for ocean fertilization and other activities that fall within the scope of the London Convention and the London Protocol and have the potential to cause harm to the marine environment,

concerned about the potential widespread, long-lasting or severe impacts on the marine environment of the placement of matter from unregulated ocean fertilization activities and other proposed marine geo-engineering techniques, and determined to put in place a science based, global, transparent and effective control and regulatory mechanism for such activities,

noting decisions X/33 and XI/20 of the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity which invited Parties to ensure, in accordance with the precautionary approach, that no climate-related geoengineering activities take place “in the absence of science based, global, transparent and effective control and regulatory mechanisms for geoengineering and that the Eleventh Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity con-

notant la résolution A/RES/67/78 sur « Les océans et le droit de la mer », par laquelle l’Assemblée générale des Nations Unies a rappelé que la recherche scientifique marine était importante pour comprendre et préserver l’environnement et les ressources marines du monde et la résolution 62/215 de l’Assemblée générale des Nations Unies intitulée « Les océans et le droit de la mer », adoptée le 22 décembre 2007 qui, au paragraphe 98, « encourage les États à appuyer la poursuite des travaux d’étude visant à mieux comprendre la fertilisation des océans par apport de fer »,

rappelant également la résolution LC-LP.1(2008), par laquelle il a été décidé que le champ d’application de la Convention de Londres et du Protocole de Londres comprenait les activités de fertilisation des océans,

réitérant les préoccupations continues à l’égard de l’impact potentiel de la fertilisation des océans sur l’environnement et notant les préoccupations exprimées au sujet de la fertilisation des océans par notamment l’Assemblée générale des Nations Unies, la Conférence des Nations Unies sur le développement durable, la Conférence des Parties à la Convention sur la diversité biologique et la Commission océanographique intergouvernementale de l’UNESCO,

rappelant par ailleurs la résolution LC-LP.2(2010), qui affirmait que la Convention de Londres et le Protocole de Londres devraient continuer à fournir un mécanisme de contrôle et de réglementation efficace et transparent, à l’échelle mondiale, des activités de fertilisation des océans et d’autres activités qui relèvent du champ d’application de ces instruments et sont susceptibles d’avoir des effets préjudiciables sur le milieu marin,

inquiète des effets durables ou graves généralisés que le dépôt de matières provenant des activités de fertilisation des océans non réglementées et autres techniques de géo-ingénierie marine proposées peuvent avoir sur le milieu marin et résolue à mettre en place un mécanisme de contrôle et de réglementation mondial transparent et efficace qui ait un fondement scientifique pour de telles activités,

notant en outre que, par les décisions X/33 et XI/20, la Conférence des Parties à la Convention sur la diversité biologique a invité les Parties à s’assurer, conformément à l’approche de précaution, qu’il n’y aura pas d’activités de géo-ingénierie en matière de climat tant qu’un mécanisme de contrôle et de réglementation mondial efficace et transparent ayant un fondement scientifique ne sera pas en place pour la géo-ingénierie et que la

in Beachtung der Resolution A/RES/67/78 der Generalversammlung der Vereinten Nationen über „Ozeane und Seerecht“, in der darauf hingewiesen wird, dass die wissenschaftliche Meeresforschung eine wichtige Rolle dabei spielt, die Meeresumwelt und die Meeresschätze der Welt zu verstehen und zu erhalten, sowie der am 22. Dezember 2007 verabschiedeten Resolution 62/215 der Generalversammlung der Vereinten Nationen über „Ozeane und Seerecht“, die unter Ziffer 98 die Staaten „ermutigt (...), die weitere Erforschung der Eisendüngung der Ozeane zu unterstützen, um mehr Erkenntnisse darüber zu gewinnen“;

eingedenk der EntschlieÙung LC-LP.1 (2008), durch die vereinbart wurde, dass Tätigkeiten der Meeresdüngung in den Geltungsbereich des Londoner Übereinkommens und des Londoner Protokolls fallen;

unter abermaliger Betonung der anhaltenden Besorgnis über die möglichen Auswirkungen der Meeresdüngung auf die Umwelt und in Anbetracht der unter anderem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und der Zwischenstaatlichen Ozeanografischen Kommission der UNESCO zum Ausdruck gebrachten Besorgnis über die Meeresdüngung;

unter Hinweis auf die EntschlieÙung LC-LP.2(2010), in der bekräftigt wurde, dass das Londoner Übereinkommen und das Londoner Protokoll auch weiterhin auf die Schaffung eines globalen, transparenten und wirksamen Kontroll- und Regelungsmechanismus für Tätigkeiten der Meeresdüngung und für andere Tätigkeiten hinwirken sollen, die in den Geltungsbereich des Londoner Übereinkommens und des Londoner Protokolls fallen und in der Meeresumwelt Schäden verursachen können;

besorgt über die möglichen weitreichenden, lang anhaltenden oder schwerwiegenden Auswirkungen, die das Absetzen von Stoffen aus unregulierten Tätigkeiten der Meeresdüngung und anderen geplanten Techniken des marinen Geo-Engineerings auf die Meeresumwelt haben kann, und entschlossen, einen wissenschaftlich fundierten globalen, transparenten und wirksamen Kontroll- und Regelungsmechanismus für solche Tätigkeiten zu schaffen;

in Anbetracht dessen, dass die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt durch ihre Beschlüsse X/33 und XI/20 die Vertragsparteien aufgefordert hat, in Übereinstimmung mit dem Vorsorgeansatz sicherzustellen, dass „ohne wissenschaftlich fundierte globale, transparente und wirksame Mechanismen zur Kontrolle und Regelung des Geo-Engineerings“ keine klimabezogenen Tätigkeiten des Geo-Engineerings stattfinden

cluded “that there is no single geoengineering approach that currently meets basic criteria for effectiveness, safety and affordability and that approaches may prove difficult to deploy or govern”,

emphasizing that ocean fertilization and other types of marine geoengineering should not be considered as a substitute for mitigation measures to reduce carbon dioxide emissions,

1. adopts the following amendments to the London Protocol, in accordance with Article 21 of the Protocol, as set out in the annex to this resolution;

2. reaffirms that resolutions LC-LP.1(2008) and LC-LP.2(2010) continue to apply for all Contracting Parties, pending the entry into force of the amendments to the London Protocol set out in the annex to this resolution for those Contracting Parties that accept them;

3. confirms that the Assessment Framework for Scientific Research involving Ocean Fertilization adopted by the Contracting Parties to the London Convention and the London Protocol in 2010 is the relevant specific assessment framework referred to in annex 4 for ocean fertilization and should continue to be used to determine, with utmost caution, whether a proposed ocean fertilization activity constitutes legitimate scientific research that is not contrary to the aims of the London Protocol;

4. reaffirms that new and relevant scientific information and knowledge on ocean fertilization and other marine geoengineering activities should continue to be reviewed by the Contracting Parties to the London Protocol in the context of the amendments; and

5. decides that the Contracting Parties to the London Protocol should continue to develop guidance for listing additional marine geoengineering¹ activities in annex 4 that includes a multi-stakeholder approach consistent with article 21;

6. decides also that Contracting Parties to the London Protocol should undertake further work to develop the arrangements for seeking independent expert advice referred to in paragraph 12 of annex 5.

onzième Conférence des Parties à la Convention sur la diversité biologique a conclu qu’il n’existe aucune approche de géo-ingénierie qui satisfasse actuellement aux critères fondamentaux pour être efficace, sûre et abordable et que des approches pourraient s’avérer difficiles à déployer ou à régir,

soulignant que la fertilisation des océans et autres types de géo-ingénierie marine ne devraient pas être considérés comme pouvant remplacer les mesures d’atténuation visant à réduire les émissions de dioxyde de carbone,

1. adopte les amendements au Protocole de Londres, conformément à l’article 21 dudit Protocole, dont le texte figure à l’annexe de la présente résolution ;

2. réaffirme que les résolutions LC-LP.1(2008) et LC-LP.2(2010) restent applicables à toutes les Parties contractantes jusqu’à ce que les amendements au Protocole de Londres figurant à l’annexe de la présente résolution entrent en vigueur à l’égard des Parties contractantes qui les acceptent ;

3. confirme que le Cadre pour l’évaluation des recherches scientifiques impliquant la fertilisation des océans, adopté par les Parties contractantes à la Convention de Londres et au Protocole de Londres en 2010, est le cadre d’évaluation spécifique pertinent visé à l’annexe 4 pour la fertilisation des océans et devrait continuer à être utilisé pour déterminer, en observant la plus grande prudence, si une activité de fertilisation des océans proposée constitue une recherche scientifique légitime qui n’est pas contraire aux objectifs du Protocole de Londres ;

4. réaffirme que les nouvelles informations et connaissances scientifiques pertinentes sur la fertilisation des océans et autres activités de géo-ingénierie marine devraient continuer à être passées en revue par les Parties contractantes au Protocole de Londres dans le contexte de ces amendements ;

5. décide que les Parties contractantes au Protocole de Londres devraient continuer à élaborer des recommandations pour faire figurer dans l’annexe 4 des activités de géo-ingénierie marine additionnelles¹ qui incluent une approche multipartite conforme à l’article 21 ;

6. décide aussi que les Parties contractantes au Protocole de Londres devraient entreprendre d’autres travaux pour mettre au point des arrangements visant à solliciter l’avis d’experts indépendants, comme cela est mentionné au paragraphe 12 de l’annexe 5.

den, und dass die Elfte Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu dem Schluss kam, „dass es keinen einzigen Geo-Engineering-Ansatz gibt, der gegenwärtig die grundlegenden Kriterien im Hinblick auf Wirksamkeit, Sicherheit und Bezahlbarkeit erfüllt, und dass sich manche Ansätze als schwer einsetzbar oder steuerbar erweisen können“;

unter Betonung dessen, dass die Meeresdüngung und andere Formen des marinen Geo-Engineerings nicht als Ersatz für Minderungsmaßnahmen zur Verminderung von Kohlendioxid-Emissionen angesehen werden sollen –

1. beschließt nach Artikel 21 des Londoner Protokolls die in der Anlage zu dieser Entschlieung aufgeführten Änderungen des Londoner Protokolls;

2. bekräftigt, dass die Entschließungen LC-LP.1(2008) und LC-LP.2(2010) für alle Vertragsparteien so lange fortgelten, bis die in der Anlage zu dieser Entschlieung aufgeführten Änderungen des Londoner Protokolls für die Vertragsparteien, die sie annehmen, in Kraft treten;

3. bestätigt, dass der von den Vertragsparteien des Londoner Übereinkommens und des Londoner Protokolls 2010 verabschiedete Bewertungsrahmen für wissenschaftliche Forschung, die Tätigkeiten der Meeresdüngung beinhaltet, den in Anlage 4 genannten einschlägigen spezifischen Bewertungsrahmen für die Meeresdüngung darstellt und weiterhin dazu genutzt werden soll, mit äußerster Vorsicht festzustellen, ob es sich bei einer geplanten Tätigkeit der Meeresdüngung um rechtmäßige wissenschaftliche Forschung handelt, die nicht den Zielen des Londoner Protokolls widerspricht;

4. bekräftigt, dass neue und einschlägige wissenschaftliche Informationen und Kenntnisse über die Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings im Zusammenhang mit den Änderungen auch weiterhin von den Vertragsparteien des Londoner Protokolls überprüft werden sollen;

5. beschließt, dass die Vertragsparteien des Londoner Protokolls auch weiterhin für die Auflistung weiterer Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings¹ in Anlage 4 Leitlinien entwickeln sollen, die einen Ansatz beinhalten, der die verschiedenen Betroffenen einbezieht und dabei mit Artikel 21 im Einklang steht;

6. beschließt außerdem, dass die Vertragsparteien des Londoner Protokolls weitere Arbeiten durchführen sollen, um Vorkehrungen für die Einholung des in Anlage 5 Absatz 12 genannten Rates unabhängiger Sachverständiger zu treffen.

¹ See also explanatory text in the Report of the Meeting of Contracting Parties, paragraph 4.12.

¹ Voir aussi les explications données au paragraphe 4.12 du rapport de la Réunion des Parties contractantes.

¹ Siehe auch Erläuterungstext in Absatz 4.12 des Berichts der Sitzung der Vertragsparteien.

AnlageÄnderungen des Artikels 1 und neuer Artikel 6^{bis} und neue Anlagen 4 und 5**Annex**amendments to article 1 and new article 6^{bis} and new annexes 4 and 5**Annexe**amendements à l'article 1 et nouvel article 6^{bis} et nouvelles annexes 4 et 5

Article 1 Definitions	Article 1 Définitions	Artikel 1 Begriffsbestimmungen
Add new paragraph, as follows:	Un nouveau paragraphe est ajouté comme suit :	Folgender neuer Absatz wird eingefügt:
<p>„5^{bis} „Marine geoengineering” means a deliberate intervention in the marine environment to manipulate natural processes, including to counteract anthropogenic climate change and/or its impacts, and that has the potential to result in deleterious effects, especially where those effects may be widespread, long lasting or severe.”</p>	<p>« 5^{bis} La « géo-ingénierie marine » désigne une intervention délibérée dans le milieu marin visant à manipuler des processus naturels, notamment contrecarrer les changements climatiques d'origine anthropique et/ou leurs incidences, et qui est susceptible de se traduire par des effets nuisibles, en particulier lorsque ces effets peuvent être étendus, durables ou graves. »</p>	<p>„5^{bis} Der Ausdruck „marines Geo-Engineering“ bezeichnet einen vorsätzlichen Eingriff in die Meeresumwelt, der zum Ziel hat, natürliche Prozesse zu manipulieren und dadurch unter anderem den durch den Menschen verursachten Klimaänderungen und/oder ihren Auswirkungen entgegenzuwirken, und der nachteilige Folgen haben kann, insbesondere wenn diese Folgen weitreichend, lang anhaltend oder schwerwiegend sind.“</p>
Add new article, as follows:	Un nouvel article est ajouté comme suit :	Folgender neuer Artikel wird eingefügt:
“Article 6 ^{bis} Marine geoengineering activities	« Article 6 ^{bis} Activités de géo-ingénierie marine	„Artikel 6 ^{bis} Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings
<p>1 Contracting Parties shall not allow the placement of matter into the sea from vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea for marine geoengineering activities listed in annex 4, unless the listing provides that the activity or the subcategory of an activity may be authorized under a permit.</p> <p>2 Contracting Parties shall adopt administrative or legislative measures to ensure that the issuance of permits and permit conditions comply with provisions of annex 5 and takes into account any Specific Assessment Framework developed for an activity and adopted by the Meeting of the Contracting Parties. A permit shall only be issued after the activity has undergone assessment which has determined that pollution of the marine environment from the proposed activity is, as far as practicable, prevented or reduced to a minimum. A permit shall only be issued if the outcome of the assessment is that the activity is not contrary to the aims of the Protocol.</p> <p>3 Article 4 does not apply to activities listed in annex 4.”</p>	<p>1 Les Parties contractantes n'autorisent pas le dépôt de matières dans la mer à partir de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages en mer aux fins des activités de géo-ingénierie marine énumérées à l'annexe 4, sauf s'il est indiqué dans la liste que l'activité ou la sous catégorie d'une activité peut être autorisée en vertu d'un permis.</p> <p>2 Les Parties contractantes adoptent des mesures administratives ou législatives visant à garantir que la délivrance des permis et les conditions dont ils sont assortis respectent les dispositions de l'annexe 5 et tiennent compte de tout cadre spécifique pour l'évaluation élaboré pour une activité et adopté par la Réunion des Parties contractantes. Un permis ne peut être délivré qu'après que l'activité a fait l'objet d'une évaluation qui a déterminé que la pollution du milieu marin résultant de l'activité envisagée est, dans toute la mesure du possible en pratique, évitée ou réduite au minimum. Un permis ne peut être délivré que si les résultats de l'évaluation indiquent que l'activité n'est pas contraire aux objectifs du Protocole.</p> <p>3 L'article 4 ne s'applique pas aux activités énumérées à l'annexe 4. »</p>	<p>1 Die Vertragsparteien erlauben nicht das in die See erfolgende Absetzen von Stoffen von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken aus für die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings, es sei denn, in der Auflistung ist vorgesehen, dass die Tätigkeit oder die Unterkategorie der Tätigkeit durch eine Erlaubnis genehmigt werden kann.</p> <p>2 Die Vertragsparteien ergreifen Verwaltungs- oder Gesetzgebungsmaßnahmen, um sicherzustellen, dass die Erteilung von Erlaubnissen und die hierfür geltenden Bedingungen den Bestimmungen der Anlage 5 entsprechen, und berücksichtigen jeden spezifischen Bewertungsrahmen, der für eine Tätigkeit entwickelt und von der Sitzung der Vertragsparteien angenommen worden ist. Eine Erlaubnis wird erst nach einer Bewertung der Tätigkeit erteilt, die zu der Feststellung geführt hat, dass die durch die geplante Tätigkeit verursachte Verschmutzung der Meeresumwelt so weit wie möglich verhütet oder auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Eine Erlaubnis kann nur dann erteilt werden, wenn die Bewertung ergibt, dass die Tätigkeit nicht den Zielen des Protokolls widerspricht.</p> <p>3 Artikel 4 findet keine Anwendung auf die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten.“</p>
Add new annex, as follows:	Une nouvelle annexe est ajoutée comme suit :	Folgende neue Anlage wird angefügt:

"Annex 4 Marine geoengineering activities	« Annexe 4 Activités de géo-ingénierie marine	„Anlage 4 Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings
<p>1 Ocean fertilization</p> <p>.1 Ocean fertilization is any activity undertaken by humans with the principal intention of stimulating primary productivity in the oceans. Ocean fertilization does not include conventional aquaculture, or mariculture, or the creation of artificial reefs.</p> <p>.2 All ocean fertilization activities other than those referred to in paragraph .3 shall not be permitted.</p> <p>.3 An ocean fertilization activity may only be considered for a permit if it is assessed as constituting legitimate scientific research taking into account any specific placement assessment framework."</p>	<p>1 Fertilisation des océans</p> <p>.1 La fertilisation des océans désigne toute activité entreprise par l'homme avec l'intention principale de stimuler la productivité primaire des océans. L'aquaculture classique, ou mariculture, et la création de récifs artificiels n'entrent pas dans le champ de la définition de la fertilisation des océans.</p> <p>.2 Toutes les activités de fertilisation des océans autres que celles mentionnées à l'alinéa .3 sont interdites.</p> <p>.3 Un permis de fertilisation des océans peut être délivré uniquement pour les activités qui sont considérées comme des travaux de recherche scientifique légitimes compte tenu de tout cadre spécifique pour l'évaluation des dépôts. »</p>	<p>1 Meeresdüngung</p> <p>.1 Der Ausdruck „Meeresdüngung“ bezeichnet jede Tätigkeit, die von Menschen in der vorrangigen Absicht durchgeführt wird, die Primärproduktivität der Ozeane anzuregen. Der Ausdruck „Meeresdüngung“ umfasst nicht die herkömmliche Aquakultur oder die marine Aquakultur oder die Schaffung künstlicher Riffe.</p> <p>.2 Alle Tätigkeiten der Meeresdüngung, bei denen es sich nicht um die in Absatz .3 genannten Tätigkeiten handelt, sind verboten.</p> <p>.3 Eine Erlaubnis für eine Tätigkeit der Meeresdüngung kann nur dann erwo-gen werden, wenn die Tätigkeit unter Berücksichtigung eines spezifischen Bewertungsrahmens für das Absetzen als rechtmäßige wissenschaftliche Forschung bewertet wird.“</p>
Add new annex, as follows:	Une nouvelle annexe est ajoutée comme suit :	Folgende neue Anlage wird angefügt:
<p>"Annex 5 Assessment framework for matter that may be considered for placement under annex 4 General</p>	<p>« Annexe 5 Cadre pour l'évaluation des matières dont le dépôt peut être envisagé en vertu de l'annexe 4 Généralités</p>	<p>„Anlage 5 Bewertungsrahmen für Stoffe, die für das Absetzen nach Anlage 4 in Frage kommen Allgemeines</p>
<p>1 The purpose of this Framework is:</p> <p>.1 to assess placement activities listed in annex 4; and</p> <p>.2 to be the basis for developing Specific Assessment Frameworks for placement activities listed in annex 4.</p> <p>2 Specific Assessment Frameworks developed for placement activities listed in annex 4 shall meet the requirements of this annex and may provide further guidance for assessing and issuing permits.</p> <p>3 Parties meeting the terms of any Specific Assessment Framework that has been adopted by the Parties shall be deemed to be in compliance with this annex.</p>	<p>1 Le présent Cadre a pour objet :</p> <p>.1 d'évaluer les activités de dépôts énumérées à l'annexe 4 ; et</p> <p>.2 de servir de base à l'élaboration de cadres spécifiques pour l'évaluation des activités de dépôts énumérées à l'annexe 4.</p> <p>2 Les cadres spécifiques élaborés pour l'évaluation des activités de dépôts énumérées à l'annexe 4 doivent satisfaire aux prescriptions de la présente annexe et peuvent fournir des recommandations supplémentaires pour l'évaluation et la délivrance des permis.</p> <p>3 Les Parties qui satisfont aux conditions d'un cadre spécifique pour l'évaluation qui a été adopté par les Parties sont réputées se conformer à la présente annexe.</p>	<p>1 Zweck dieses Rahmens ist es,</p> <p>.1 die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten zu bewerten und</p> <p>.2 als Grundlage für die Entwicklung spezifischer Bewertungsrahmen für die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten zu dienen.</p> <p>2 Die spezifischen Bewertungsrahmen, die für die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten des Absetzens entwickelt worden sind, müssen den Anforderungen dieser Anlage genügen und können weitere Leitlinien für die Bewertung und die Erteilung von Erlaubnissen vorsehen.</p> <p>3 Erfüllen die Vertragsparteien die Bestimmungen eines von den Vertragsparteien verabschiedeten spezifischen Bewertungsrahmens, so gilt dies als Einhaltung dieser Anlage durch die betreffenden Vertragsparteien.</p>
Description of activity	Description de l'activité	Beschreibung der Tätigkeit
<p>4 It first has to be determined whether the proposed activity is an activity covered by the listing in annex 4 and may be permitted in accordance with that annex. The determination requires a full description of the proposed placement activity, including its purpose and covering all stages. It furthermore requires a description of both the working practices during the different stages and the wastes produced (if any) in the relevant stage.</p>	<p>4 Il faut d'abord déterminer si l'activité envisagée est une activité visée par la liste de l'annexe 4 et si elle peut être autorisée aux termes de ladite annexe. Pour ce faire, il faut procéder à une description complète de l'activité de dépôt envisagée, notamment son objectif et toutes ses étapes. En outre, cette description doit indiquer aussi bien les pratiques de travail au cours de chaque étape que les déchets produits (le cas échéant) lors de l'étape en question.</p>	<p>4 Zunächst ist festzustellen, ob es sich bei der geplanten Tätigkeit um eine unter die Auflistung in Anlage 4 fallende Tätigkeit handelt und ob sie nach der genannten Anlage erlaubt werden darf. Für diese Feststellung bedarf es einer vollständigen Beschreibung der geplanten Tätigkeit einschließlich ihres Zwecks und unter Einbeziehung aller Phasen. Außerdem ist eine Beschreibung der Arbeitsverfahren in den verschiedenen Phasen und der (gegebenenfalls) anfallenden Abfälle in der jeweiligen Phase erforderlich.</p>

<p>5 The proposal shall demonstrate that:</p> <ul style="list-style-type: none"> • the proposed activity is for a purpose other than mere disposal; • it is designed to fulfil its purpose; • the rationale, goals, methods, scale, timings and locations as well as predicted benefits and risks are stated as a clear justification for the proposal; • the proposed activity has the financial resources available to fulfil the programme of work before it commences. 	<p>5 La proposition doit démontrer que :</p> <ul style="list-style-type: none"> • l'activité est envisagée à des fins autres que la simple élimination ; • elle est conçue de façon à pouvoir remplir son objectif ; • la raison d'être, les buts, les méthodes utilisées, l'envergure, le calendrier et le lieu d'exécution du projet sont dûment déclarés et les avantages et les risques anticipés le justifient clairement ; • l'activité envisagée dispose des ressources financières nécessaires pour exécuter le programme des travaux avant qu'ils ne commencent. 	<p>5 Bei dem Antrag ist der Nachweis zu erbringen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • die geplante Tätigkeit einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung dient; • die Tätigkeit darauf ausgerichtet ist, ihren Zweck zu erfüllen; • die Beweggründe, die Ziele, die Methoden, die Größenordnung, die Zeitplanung und die Orte sowie der voraussichtliche Nutzen und die Risiken als eindeutige Rechtfertigung des Antrags angegeben werden; • für die geplante Tätigkeit die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung des Arbeitsprogramms zur Verfügung stehen, bevor mit dieser begonnen wird.
<p>6 A detailed description and characterization of the placement and all its constituents is an essential precondition for the assessment of the proposed activity and the basis for a decision as to whether a permit may be issued. If the proposed activity is so poorly characterized that proper assessment cannot be made a permit shall not be issued.</p>	<p>6 Le fait de décrire et de caractériser en détail le dépôt et tous ses éléments constitutifs est une condition préalable essentielle à l'évaluation de l'activité envisagée et sert de base à la décision de délivrer ou non un permis. Si les caractéristiques de l'activité envisagée sont insuffisantes au point de ne pas permettre une évaluation correcte, il ne faut pas délivrer de permis.</p>	<p>6 Eine ausführliche Beschreibung und Kennzeichnung des abzusetzenden Stoffes und all seiner Bestandteile ist eine wesentliche Voraussetzung für die Bewertung der geplanten Tätigkeit und bildet die Grundlage für eine Entscheidung darüber, ob eine Erlaubnis erteilt werden kann. Wenn die geplante Tätigkeit so unzureichend gekennzeichnet ist, dass eine ordnungsgemäße Bewertung nicht vorgenommen werden kann, darf eine Erlaubnis nicht erteilt werden.</p>
<p>Marine Scientific Research related to Marine Geoengineering</p>	<p>Recherche scientifique marine relative à la géo-ingénierie marine</p>	<p>Wissenschaftliche Meeresforschung im Zusammenhang mit marinem Geo-Engineering</p>
<p>7 Potential marine geoengineering techniques may require specific marine scientific research in order to, <i>inter alia</i>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • better understand the natural processes which will be affected; • understand their potential impacts on the marine environment; • understand their potential efficacy for geoengineering purposes; and • be able to effectively apply the assessment framework(s) to proposals for marine geoengineering. 	<p>7 Les techniques potentielles de géo-ingénierie marine peuvent nécessiter des travaux de recherche scientifique marine spécifiques afin, notamment, de :</p> <ul style="list-style-type: none"> • mieux comprendre les processus naturels qui seront affectés ; • comprendre leurs incidences potentielles sur le milieu marin ; • comprendre leur efficacité potentielle en termes de géo-ingénierie ; et • pouvoir appliquer efficacement le ou les cadres pour l'évaluation aux projets de géo-ingénierie marine. 	<p>7 Mögliche Techniken des marinen Geo-Engineerings können spezifische wissenschaftliche Meeresforschung erfordern, um unter anderem</p> <ul style="list-style-type: none"> • die natürlichen Abläufe, die betroffen sein werden, besser zu verstehen; • die möglichen Auswirkungen der Techniken auf die Meeresumwelt zu verstehen; • die mögliche Wirksamkeit der Techniken für die Zwecke des Geo-Engineerings zu verstehen; • eine wirksame Anwendung des Bewertungsrahmens beziehungsweise der Bewertungsrahmen auf Anträge in Bezug auf marines Geo-Engineering zu ermöglichen.
<p>8 In case of such a specific marine scientific research activity, the following considerations apply:</p> <ul style="list-style-type: none"> • the proposed activity is designed to answer questions that will add to scientific knowledge. Proposals should state their rationale, research goals, scientific hypotheses and methods, scale, timings, duration and locations with clear justification for why the expected outcomes cannot reasonably be achieved by other methods. 	<p>8 Dans le cas d'une telle activité spécifique de recherche scientifique marine, les critères suivants s'appliquent :</p> <ul style="list-style-type: none"> • l'activité envisagée est conçue pour répondre à des questions qui contribueront aux connaissances scientifiques. Les propositions devraient indiquer leur motivation, les buts de la recherche, les hypothèses et les méthodes scientifiques, l'échelle de grandeur, le calendrier, la durée et les lieux et être accompagnées d'une justification indiquant clairement pourquoi les résultats escomptés ne peuvent raisonnablement être obtenus par d'autres méthodes ; 	<p>8 Für eine solche spezifische Tätigkeit der wissenschaftlichen Meeresforschung gelten folgende Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die geplante Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, Antworten auf Fragen zu liefern, die zum wissenschaftlichen Erkenntnisstand beitragen. Die Anträge sollen Angaben zu ihren Beweggründen, Forschungszielen, wissenschaftlichen Hypothesen und Methoden, zur Größenordnung, Zeitplanung, Dauer und zu den Orten enthalten sowie eine eindeutige Begründung, weshalb die zu erwartenden Ergebnisse nach vernünftigem Ermessen nicht mit anderen Methoden erzielbar sind.

- the research methodology to be applied should be appropriate and based on best available scientific knowledge and technology. The methodology should be described in sufficient detail to allow a peer review.
- the proposed activity is subject to scientific peer review at appropriate stages in the assessment process.
- economic interests do not influence the design, conduct and/or outcomes of the proposed activity. There should not be any financial and/or economic gain arising directly from the experiment or its outcomes. This does not preclude payment for services rendered in support of the experiment or future financial impacts of patented technology.
- the proponents of the proposed activity make a commitment to publish the results in peer reviewed scientific publications and include a plan in the proposal to make the data and outcomes publicly available in an appropriate and specified time-frame.
- the proposed activity has the financial resources available before the work commences to fulfil the program of work.
- la méthode de recherche à appliquer devrait être appropriée et fondée sur les meilleures connaissances scientifiques et technologies disponibles. Cette méthode devrait être décrite suffisamment en détail pour pouvoir faire l'objet d'un examen par des pairs ;
- l'activité envisagée fait l'objet d'un examen scientifique collégial à des étapes appropriées du processus d'évaluation ;
- les intérêts économiques n'influencent pas la conception, la conduite et/ou les résultats de l'activité envisagée. L'expérience ou ses résultats ne devraient donner lieu à aucun gain financier et/ou économique direct. Cela ne doit pas exclure la rémunération des services rendus à l'appui de l'expérience, ni les incidences financières futures d'une technologie brevetée ;
- les auteurs du projet s'engagent à publier les résultats dans des publications scientifiques soumises à un examen collégial et indiquent dans la proposition comment il est prévu de rendre les données et les résultats accessibles au public dans un délai spécifié ;
- l'activité envisagée dispose des ressources financières nécessaires avant que les travaux ne commencent pour exécuter le programme des travaux.

9 Paragraphs 4 and 6 above also apply to marine scientific research.

Consultation

10 Where the placement activity proposed for consideration by a Contracting Party may have any effect in any area of the sea in which another State is entitled to exercise jurisdiction in accordance with international law or in any area of the sea beyond the jurisdiction of any State, potentially affected countries and relevant regional intergovernmental agreements and arrangements should be identified and notified and a plan should be developed for ongoing consultations on the potential impacts, and to encourage scientific cooperation.

11 Contracting Parties should encourage proponents of listed activities to initiate early consultations with stakeholders so that they can address any issues prior to submitting proposals. Contracting Parties shall establish a consultation process with all relevant stakeholders nationally or internationally when a proposal is submitted. This con-

9 Les dispositions des paragraphes 4 et 6 ci dessus s'appliquent aussi à la recherche scientifique marine.

Consultation

10 Si les activités de dépôt qu'une Partie contractante propose aux fins d'examen risquent d'avoir un impact quelconque sur toute zone de mer sur laquelle un autre État est habilité à exercer sa juridiction conformément au droit international ou sur toute zone de mer située au delà de la juridiction d'un quelconque État, il faudrait recenser les pays et les accords ou arrangements régionaux intergouvernementaux pertinents susceptibles d'être affectés et les informer de ce risque, mais aussi mettre au point un plan visant à assurer des consultations permanentes sur les impacts potentiels et à favoriser la coopération scientifique.

11 Les Parties contractantes devraient inciter les auteurs des activités énumérées à entamer des consultations anticipées avec les parties prenantes de sorte qu'ils puissent examiner toutes les questions avant de soumettre les propositions. Les Parties contractantes doivent mettre en place un processus de consultation avec toutes les

9 Die Absätze 4 und 6 finden auch auf die wissenschaftliche Meeresforschung Anwendung.

Konsultation

10 Wenn eine Tätigkeit des Absetzens, für die eine Vertragspartei eine Prüfung beantragt, Auswirkungen auf ein Seegebiet haben kann, in dem ein anderer Staat nach dem Völkerrecht befugt ist, Hoheitsrechte auszuüben, oder auf ein anderes Seegebiet, das nicht zum Hoheitsbereich eines Staates gehört, sollen die möglicherweise betroffenen Länder und einschlägigen regionalen zwischenstaatlichen Übereinkünfte und Abmachungen benannt und eine entsprechende Notifikation abgegeben werden sowie Pläne für fortlaufende Konsultationen über die möglichen Auswirkungen erarbeitet und die wissenschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden.

11 Die Vertragsparteien sollen die Antragsteller der aufgeführten Tätigkeiten ermutigen, frühzeitige Konsultationen mit den Betroffenen einzuleiten, damit sie sich vor der Einreichung der Anträge mit allen Fragen befassen können. Wenn ein Antrag eingereicht wird, richten die Vertragsparteien ein Konsultationsverfahren mit allen einschlägi-

sultation process shall be carried out during the assessment process and before a final permit decision is made. Consent should be sought from all countries with jurisdiction or interests in the region of potential impact without prejudice to international law. Where the placement activity has the potential to have any effects on an area subject to a regional intergovernmental agreement or arrangement, the process should include consultation with the relevant regional organization, with a view to ensuring consistency with applicable regional objectives and requirements.

12 Contracting Parties should consider any advice on proposals for activities listed in annex 4 from independent international experts or an independent international advisory group of experts, especially in situations where paragraph 10 applies. The advice could address scientific, technical, social or economic aspects of the proposal. It shall, as appropriate, include a peer review of the information and data provided by the proponent with regard to its scientific and technical quality. In situations where paragraph 10 applies, potentially affected countries could seek such advice from independent international experts or an independent international advisory group of experts.

Information for assessment

13 A common set of information is required for each of the assessment elements of the framework below, namely:

- Placement site selection
- Assessment of matter to be placed into the marine environment
- Assessment of potential effects including the Impact Hypothesis
- Risk management
- Monitoring including the environmental baseline

Placement site selection

14 In order to address placement site selection, Contracting Parties shall require the following information, as appropriate, to evaluate and to justify the selection of the site(s):

- the physical, geological, chemical, and biological conditions at the proposed site and the area of potential impact, and the uncertainties in these

parties prenantes concernées au niveau national ou international lorsqu'une proposition est soumise. Ce processus de consultation doit se dérouler parallèlement au processus d'évaluation mais avant de prendre une décision définitive en matière de permis. Il faudrait obtenir le consentement de tous les États ayant juridiction ou des intérêts dans la région d'impact potentiel, sans que cela ne porte atteinte au droit international. Lorsque l'activité de dépôt est susceptible d'avoir un effet quelconque sur une zone visée par un accord ou arrangement régional intergouvernemental, il faudrait notamment consulter l'organisation régionale pertinente afin de garantir la cohérence avec les objectifs et prescriptions régionaux pertinents.

12 Les Parties contractantes devraient examiner tout avis sur les propositions d'activités énumérées à l'annexe 4 issu d'experts internationaux indépendants ou d'un groupe consultatif international indépendant d'experts, en particulier dans les situations où s'applique le paragraphe 10. Cet avis pourrait porter sur les aspects scientifiques, techniques, sociaux ou économiques de la proposition. Il doit, selon qu'il convient, comprendre un examen par des pairs des renseignements et données fournis par le déposant en ce qui concerne leur qualité scientifique et technique. Dans les situations où s'applique le paragraphe 10, les pays potentiellement affectés pourraient solliciter cet avis auprès d'experts internationaux indépendants ou d'un groupe consultatif international indépendant d'experts.

Renseignements aux fins de l'évaluation

13 Un ensemble commun de renseignements est requis pour chaque élément d'évaluation du cadre ci dessous, à savoir :

- Choix du site de dépôt
- Évaluation des matières devant faire l'objet d'un dépôt dans le milieu marin
- Évaluation des effets potentiels, y compris l'hypothèse d'impact
- Gestion des risques
- Surveillance, y compris les conditions environnementales de référence.

Choix du site du dépôt

14 Pour traiter la question du choix du site du dépôt, les Parties contractantes doivent exiger les informations suivantes, selon qu'il convient, pour évaluer et justifier le choix du ou des sites :

- les conditions physiques, géologiques, chimiques et biologiques du site proposé, et les incertitudes que celles-ci suscitent par rapport à

gen Betroffenen auf nationaler und internationaler Ebene ein. Dieses Konsultationsverfahren findet parallel zum Bewertungsverfahren und vor der endgültigen Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis statt. Unbeschadet des Völkerrechts soll die Zustimmung aller Länder mit Hoheitsrechten oder Interessen in der von möglichen Auswirkungen betroffenen Region eingeholt werden. Wenn die Tätigkeit des Absetzens Auswirkungen auf ein Gebiet haben kann, das Gegenstand einer regionalen zwischenstaatlichen Übereinkunft oder Abmachung ist, soll das Verfahren eine Konsultation mit der zuständigen Regionalorganisation beinhalten, um die Übereinstimmung mit den anwendbaren regionalen Zielen und Vorschriften sicherzustellen.

12 Die Vertragsparteien sollen die Ratschläge unabhängiger internationaler Sachverständiger oder einer unabhängigen internationalen beratenden Sachverständigengruppe zu Anträgen auf in Anlage 4 aufgeführte Tätigkeiten prüfen, insbesondere in den Fällen, in denen Absatz 10 Anwendung findet. Die Ratschläge können sich auf wissenschaftliche, technische, soziale oder wirtschaftliche Aspekte des Antrags beziehen. Sie müssen gegebenenfalls eine durch unabhängige Gutachter desselben Fachgebiets vorgenommene Überprüfung der vom Antragsteller vorgelegten Informationen und Daten auf ihre wissenschaftliche und technische Qualität beinhalten. In den Fällen, in denen Absatz 10 Anwendung findet, können die möglicherweise betroffenen Länder diese Ratschläge bei unabhängigen internationalen Sachverständigen oder einer unabhängigen internationalen beratenden Sachverständigengruppe einholen.

Angaben für die Bewertung

13 Für jedes Bewertungselement des nachstehenden Rahmens ist ein standardmäßiger Satz von Angaben erforderlich, und zwar im Einzelnen für

- die Wahl des Ortes, an dem das Absetzen erfolgen soll,
- die Bewertung der Stoffe, die in die Meeresumwelt abgesetzt werden sollen,
- die Bewertung möglicher Auswirkungen einschließlich der Wirkungshypothese,
- das Risikomanagement,
- die Überwachung einschließlich des als Bezugsgröße dienenden Ausgangszustands der Umwelt.

Wahl des Ortes, an dem das Absetzen erfolgen soll

14 Um sich mit der Wahl des Ortes, an dem das Absetzen erfolgen soll, zu befassen, benötigen die Vertragsparteien gegebenenfalls folgende Angaben, damit sie die Wahl des Ortes beziehungsweise der Orte beurteilen und begründen können:

- physikalische, geologische, chemische und biologische Bedingungen an dem geplanten Ort und in dem von möglichen Auswirkungen betrof-

conditions in relation to the proposed activity;

- the impact on amenities, values and other uses of the sea at the proposed site and in the area of potential impacts;
- any constituent fluxes associated with the activity in relation to existing fluxes of substances in the marine environment; and
- economic and operational feasibility.

Assessment of matter to be placed into the marine environment

15 Characterization and assessment of matter proposed to be placed into the marine environment, including its constituents shall take into account as appropriate:

- .1 origin, total amount, form and average composition and fate;
- .2 properties: physical, chemical, biochemical and biological;
- .3 toxicity;
- .4 persistence: physical, chemical and biological; and
- .5 accumulation and biotransformation in biological materials or sediments.

Assessment of potential effects

16 Assessment of potential effects shall lead to the “Impact Hypothesis”, a concise statement of the expected consequences of the placement activity within the area of the activity and within the area of potential impacts, including transboundary effects. It provides a basis for deciding whether to approve, reject or suggest revisions to the proposed placement activity and for defining risk management and mitigation measures and environmental monitoring requirements.

17 The assessment of potential effects should integrate information on the characteristics of the proposed placement activity, conditions at the proposed site(s), any relevant fluxes, and any proposed construction techniques. The assessment shall specify the potential effects on human health, on marine ecosystem structure and dynamics including sensitivity of species, populations, communities, habitats and processes, amenities and other legitimate uses of the sea. It shall define the nature, temporal and spatial scales and duration of expected impacts based on reasonably conservative assumptions.

l'activité envisagée ;

- l'impact sur les agréments, les valeurs et les autres utilisations de la mer au site considéré et dans la zone d'impact potentiel ;
- tous flux de constituants liés à l'activité par rapport aux flux de substances existants dans le milieu marin ; et
- la viabilité économique et opérationnelle.

Évaluation des matières devant faire l'objet d'un dépôt dans le milieu marin

15 Il faut caractériser et évaluer les matières qu'il est envisagé de déposer dans le milieu marin, y compris leurs constituants, en tenant compte des éléments suivants :

- .1 origine, quantité totale, forme, composition moyenne et devenir ;
- .2 propriétés physiques, chimiques, biochimiques et biologiques ;
- .3 toxicité ;
- .4 persistance physique, chimique et biologique ; et
- .5 accumulation et biotransformation dans des matières ou des sédiments biologiques.

Évaluation des effets potentiels

16 L'évaluation des effets potentiels doit conduire à « l'hypothèse d'impact », un exposé concis sur les conséquences probables des activités de dépôt dans la zone de l'activité et dans la zone des impacts potentiels, y compris les effets transfrontaliers. L'évaluation fournit une base permettant de décider s'il convient d'approuver, de refuser ou de modifier l'activité de dépôt envisagée et d'arrêter les mesures de gestion et d'atténuation des risques et les dispositions requises en matière de surveillance de l'environnement.

17 L'évaluation des effets potentiels devrait comporter des renseignements sur les caractéristiques de l'activité de dépôts envisagée, les conditions régnant au(x) site(s) proposé(s), tous les éventuels flux et toutes les techniques de construction proposées. L'évaluation doit préciser les effets potentiels sur la santé de l'homme, sur la structure et la dynamique de l'écosystème marin, y compris la vulnérabilité des espèces, populations, communautés, habitats et processus, sur les agréments et les autres utilisations légitimes de la mer. Elle doit définir la nature, les échelles temporelles et spatiales ainsi que la durée des impacts probables en se fondant sur des hypothèses raisonnablement prudentes.

fenen Gebiet sowie Unsicherheiten, die sich aus diesen Bedingungen in Verbindung mit der geplanten Tätigkeit ergeben;

- Auswirkungen auf die Annehmlichkeiten, wertvolle Bestandteile der Umwelt und andere Nutzungen des Meeres am geplanten Ort und in dem von möglichen Auswirkungen betroffenen Gebiet;
- bei der Tätigkeit entstehender Strom der Bestandteile im Verhältnis zu den in der Meeresumwelt bestehenden Strömen von Stoffen;
- wirtschaftliche und betriebstechnische Durchführbarkeit.

Bewertung der Stoffe, die in die Meeresumwelt abgesetzt werden sollen

15 Bei der Kennzeichnung und Bewertung der Stoffe, die in die Meeresumwelt abgesetzt werden sollen, einschließlich ihrer Bestandteile ist gegebenenfalls Folgendes zu berücksichtigen:

- .1 Herkunft, Gesamtmenge, Form und durchschnittliche Zusammensetzung sowie Verbleib;
- .2 physikalische, chemische, biochemische und biologische Eigenschaften;
- .3 Toxizität;
- .4 physikalische, chemische und biologische Beständigkeit;
- .5 Ansammlung und biologische Umwandlung in biologische Materialien oder Ablagerungen.

Bewertung möglicher Auswirkungen

16 Aus der Bewertung der möglichen Auswirkungen muss sich eine „Auswirkungshypothese“ ergeben, das heißt eine prägnante Darstellung der zu erwartenden Folgen der Tätigkeit des Absetzens innerhalb des Gebiets, in dem die Tätigkeit stattfindet, und innerhalb des von möglichen Auswirkungen betroffenen Gebiets einschließlich grenzüberschreitender Auswirkungen. Sie bildet die Grundlage für eine Entscheidung, ob die geplante Tätigkeit genehmigt oder abgelehnt wird oder eine Abänderung der Tätigkeit vorgeschlagen wird, sowie für die Festlegung der Risikomanagement- und -minderungsmaßnahmen und der Vorschriften für die Umweltüberwachung.

17 In die Bewertung der möglichen Auswirkungen sollen Informationen über die Eigenschaften der geplanten Tätigkeit des Absetzens, über die Bedingungen am geplanten Ort oder an den geplanten Orten, über alle maßgeblichen Stoffströme sowie über alle geplanten Konstruktionstechniken einfließen. Bei der Bewertung sind die möglichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf die Struktur und Dynamik des Meeresökosystems, einschließlich der Empfindlichkeit der Arten, Populationen, Gemeinschaften, Lebensräume und Abläufe sowie auf Annehmlichkeiten und andere rechtmäßige Nutzungen des Meeres zu nennen. Dabei sind auch die Art, der zeitliche und räumliche Rahmen sowie die Dauer

18 An analysis of the proposed placement activity should be considered in the light of an assessment of the following concerns: human health risks, environmental costs, hazards, (including accidents), economics and exclusion of future uses. Cumulative impacts from repeated activities or from other activities may also be a relevant consideration. If this assessment reveals that adequate information is not available to determine the likely effects of the proposed placement activity then this activity shall not be considered further.

19 Each assessment of potential effects shall conclude with a statement supporting a decision to approve, reject or suggest revisions to a proposed placement activity.

Risk management

20 Risk Management procedures are necessary to ensure that, as far as practicable, environmental risks are minimized, *inter alia*, through mitigation and contingency planning, and the benefits maximized and that a precautionary approach is applied.

21 Strategies to manage or mitigate risks need to be appropriate for the risks under consideration. They may be imposed as additional conditions by a Contracting Party or included as an intrinsic part of the proposal. The strategies may include temporal, spatial or operational restrictions.

22 Contingency planning will also need to be considered for responding to monitoring in cases where the Impact Hypothesis is found to be incorrect. This may include the cessation of placement activities.

Monitoring

23 A well-designed monitoring regime is necessary and should consider both short and long-term impacts and, where possible, determine whether the activity has achieved its purpose.

24 The purpose of monitoring is to verify that permit conditions are met – compliance monitoring – and that the assumptions made during the permit review and site selection process were correct and sufficient to protect the environment and human health – field monitoring. It is essential that such monitoring programmes have clearly defined objectives. The type, frequency and extent of monitoring will depend on the Impact Hypothesis as well as on predicted local and regional consequences.

18 Il conviendrait d'analyser l'activité de dépôt envisagée à la lumière d'une évaluation des éléments suivants: risques pour la santé de l'homme, coûts pour l'environnement, dangers (y compris les accidents), aspects économiques et exclusion des utilisations futures. L'analyse des impacts cumulés résultant d'activités répétées ou d'autres activités pourrait également présenter un intérêt. Si cette évaluation révèle que l'on ne dispose pas d'éléments d'information suffisants pour déterminer les effets probables de l'activité de dépôt envisagée, celle-ci ne doit pas être examinée plus avant.

19 Chaque évaluation des effets potentiels doit se terminer par un exposé appuyant la décision d'approuver, de refuser ou de modifier une activité de dépôt envisagée.

Gestion des risques

20 Les procédures de gestion des risques sont nécessaires pour garantir, dans toute la mesure du possible, que les risques pour l'environnement seront réduits au minimum, notamment par le biais de mesures d'atténuation et d'une planification d'urgence, les avantages scientifiques optimisés et les principes de précaution appliqués.

21 Les stratégies de gestion ou d'atténuation des risques doivent être adaptées aux risques en question. Elles peuvent être imposées comme conditions supplémentaires par une Partie contractante ou faire partie intégrante de la proposition. Ces stratégies peuvent comprendre des restrictions temporelles, géographiques ou opérationnelles.

22 La planification d'urgence devra aussi être envisagée en réponse aux activités de surveillance dans les cas où l'hypothèse d'impact se révélerait incorrecte. Il peut s'agir d'une interruption des activités de dépôt.

Surveillance

23 Il est nécessaire de disposer d'un régime de surveillance bien conçu et d'envisager les impacts à court et à long terme et, dans la mesure du possible, de déterminer si l'activité a atteint ses objectifs.

24 La surveillance a pour objet de vérifier qu'il est satisfait aux conditions dont le permis est assorti – contrôle de la conformité – et que les hypothèses posées pendant l'examen du permis et le processus de sélection du site étaient correctes et suffisantes pour protéger l'environnement et la santé de l'homme – surveillance sur le terrain. Il est indispensable que les objectifs de ces programmes de surveillance soient clairement définis. Le type, la fréquence et le degré de surveillance dépendront de l'hypothèse d'impact et des conséquences anticipées aux niveaux local et régional.

der zu erwartenden Auswirkungen auf der Grundlage angemessener und vorsichtiger Annahmen zu bestimmen.

18 Eine Analyse der geplanten Tätigkeit des Absetzens ist vor dem Hintergrund einer Bewertung der folgenden Aspekte durchzuführen: Risiken für die menschliche Gesundheit, Umweltkosten, Gefahren (einschließlich Unfälle), Wirtschaftlichkeit sowie Ausschluss künftiger Nutzungen. Die kumulativen Auswirkungen wiederholter Tätigkeiten oder anderer Tätigkeiten können ebenfalls eine maßgebliche Erwägung darstellen. Wenn sich aus einer solchen Bewertung ergibt, dass für die Bestimmung der möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit des Absetzens keine ausreichenden Informationen vorliegen, so darf diese Tätigkeit nicht weiter erwogen werden.

19 Jede Bewertung der möglichen Auswirkungen muss mit einer Stellungnahme enden, ob eine geplante Tätigkeit genehmigt oder abgelehnt wird oder eine Abänderung der Tätigkeit vorgeschlagen wird.

Risikomanagement

20 Risikomanagementverfahren sind notwendig, um sicherzustellen, dass die Umweltrisiken so weit wie möglich auf ein Mindestmaß beschränkt werden, unter anderem durch Minderung und Notfallplanung, und dass größtmöglicher Nutzen erzielt wird und von einem Vorsorgeansatz ausgegangen wird.

21 Die Risikomanagement- oder -minderungsstrategien müssen für die betreffenden Risiken geeignet sein. Sie können von einer Vertragspartei als zusätzliche Bedingungen auferlegt oder als fester Bestandteil in den Antrag aufgenommen werden. Die Strategien können auch zeitliche, räumliche oder betriebstechnische Einschränkungen umfassen.

22 Die Notfallplanung muss auch als Reaktion auf Überwachungsmaßnahmen in Fällen in Erwägung gezogen werden, in denen sich die Auswirkungshypothese als unzutreffend erweist. Dies kann die Einstellung der Tätigkeiten des Absetzens beinhalten.

Überwachung

23 Es ist ein planvoll ausgearbeitetes Überwachungssystem erforderlich; es soll sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Auswirkungen berücksichtigen und nach Möglichkeit ermitteln, ob die Tätigkeit ihren Zweck erfüllt hat.

24 Zweck der Überwachung ist es, zu überprüfen, ob die Genehmigungsbedingungen eingehalten werden (Einhaltungsüberwachung) und ob die Annahmen, die während der Überprüfung der Erlaubnis und während der Auswahl des Ortes zugrunde gelegt wurden, zutrafen und ausreichen, die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu schützen (Feldüberwachung). Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass solche Überwachungsprogramme eindeutig festgelegte Ziele haben. Art, Häufigkeit und Umfang der Überwachung hängen von der Auswirkungshypothese sowie von den voraussichtlichen lokalen und regionalen Folgen ab.

25 Monitoring is also used to determine the area of impact and to ascertain that changes are within the range of those predicted. The establishment of baseline conditions prior to a placement activity as well as monitoring of control sites is essential for ongoing monitoring and the detection of any impacts beyond those predicted.

25 La surveillance permet aussi de déterminer la région d'impact et de vérifier que les modifications restent dans le cadre de ce qui était prévu. La mise en place de conditions de base avant une activité de dépôt ainsi que la surveillance des sites de contrôle sont essentielles pour surveiller en permanence et détecter tout impact allant au delà de ceux qui ont été prévus.

25 Die Überwachung dient auch dazu, das von Auswirkungen betroffene Gebiet zu bestimmen und sicherzustellen, dass die Veränderungen sich im vorhergesagten Bereich bewegen. Die Festlegung der als Bezugsgröße dienenden Ausgangsbedingungen im Vorfeld einer Tätigkeit des Absetzens sowie die Überwachung von Kontrollstandorten sind für die fortlaufende Überwachung und die Feststellung aller Auswirkungen, die über die vorhergesagten hinausgehen, von wesentlicher Bedeutung.

Permit and permit conditions

Permis et conditions dont le permis est assorti

Erlaubnis und Genehmigungsbedingungen

26 A decision to issue a permit shall only be made if:

26 La décision de délivrer un permis doit être prise uniquement aux conditions suivantes :

26 Eine Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis wird nur dann getroffen, wenn

.1 the assessment has been satisfactorily completed and has shown that the proposed activity is an activity covered by the listing in annex 4 and may be permitted in accordance with that annex;

.1 l'évaluation a donné des résultats satisfaisants et a montré que l'activité envisagée était une activité prévue dans la liste de l'annexe 4 et qu'elle peut être autorisée conformément à ladite annexe ;

.1 die Bewertung zufriedenstellend abgeschlossen worden ist und gezeigt hat, dass es sich bei der geplanten Tätigkeit um eine unter die Auflistung in Anlage 4 fallende Tätigkeit handelt und dass sie nach der genannten Anlage erlaubt werden darf;

.2 the activity is designed to fulfil its purpose. It has to be demonstrated that the proposed activity has the financial resources available before it commences to fulfil the programme of work including any permit conditions requiring e.g. mitigation, contingency planning and monitoring;

.2 l'activité est conçue de façon à remplir ses objectifs. Il doit être démontré que l'activité envisagée dispose des ressources financières nécessaires avant qu'elle ne commence pour exécuter le programme des travaux, y compris toutes les conditions de délivrance de permis, comme l'atténuation, la planification d'urgence et la surveillance ;

.2 die Tätigkeit darauf ausgerichtet ist, ihren Zweck zu erfüllen. Es muss der Nachweis erbracht werden, dass für die geplante Tätigkeit die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung des Arbeitsprogramms zur Verfügung stehen, bevor mit dieser begonnen wird; dies schließt alle Genehmigungsbedingungen, die z. B. Minderung, Notfallplanung und Überwachung vorschreiben, ein;

.3 all impact evaluations are satisfactorily completed;

.3 toutes les évaluations d'impact ont donné des résultats satisfaisants ;

.3 alle Beurteilungen in Bezug auf die Umweltauswirkungen zufriedenstellend abgeschlossen sind;

.4 the risk management and monitoring requirements have been determined;

.4 les prescriptions en matière de gestion des risques et de surveillance ont été établies ;

.4 die Risikomanagement- und Überwachungsvorschriften festgelegt worden sind;

.5 conditions are in place to ensure that, as far as practicable, environmental disturbance and detriment would be minimized and the benefits maximized;

.5 il existe des conditions qui permettent de garantir, autant que faire se peut, que les atteintes à l'environnement ou sa détérioration seront réduites au minimum et que les avantages seront optimisés ;

.5 Bedingungen vorliegen, die so weit wie möglich sicherstellen, dass die Beeinträchtigung und Schädigung der Umwelt auf ein Mindestmaß beschränkt und größtmöglicher Nutzen erzielt wird;

.6 the consultation requirements are fulfilled pursuant to paragraphs 10, 11 and 12;

.6 il est satisfait aux prescriptions relatives à la consultation conformément aux paragraphes 10, 11 et 12 ;

.6 die Konsultationsvorschriften nach den Absätzen 10, 11 und 12 erfüllt sind;

.7 it is determined that pollution of the marine environment from the proposed activity is, as far as practicable, prevented or reduced to a minimum, therefore not contrary to the aims of the Protocol.

.7 il est établi que la pollution du milieu marin due à l'activité proposée sera, si possible en pratique, empêchée ou réduite au minimum, et par conséquent non contraire aux objectifs du Protocole.

.7 festgestellt worden ist, dass die durch die geplante Tätigkeit verursachte Verschmutzung der Meeresumwelt so weit wie möglich verhütet oder auf ein Mindestmaß beschränkt wird und deshalb nicht den Zielen des Protokolls widerspricht.

27 In case that adequate information is not available to make the determinations in paragraph 26, the permitting authority shall request additional information before taking a decision or shall not issue a permit.

27 Si elle ne dispose pas d'informations adéquates pour parvenir aux conclusions énoncées au paragraphe 26, l'autorité chargée de la délivrance des permis doit demander des renseignements supplémentaires avant de prendre une décision ou ne doit pas délivrer de permis.

27 Wenn keine ausreichenden Informationen vorliegen, um die Feststellungen nach Absatz 26 zu treffen, fordert die zuständige Behörde weitere Informationen an, bevor sie eine Entscheidung trifft, oder sie erteilt keine Erlaubnis.

28 The provisions of the permit shall ensure, as far as practicable, that risks for human health and the marine environment are avoided, environmental disturbance and detriment are minimized and the benefits

28 Dans la mesure où cela est possible dans la pratique, les dispositions du permis doivent être de nature à éviter les risques pour la santé de l'homme et le milieu marin, à réduire au minimum les conséquences

28 Die Erlaubnis soll so weit wie möglich sicherstellen, dass Gefahren für die menschliche Gesundheit und die Meeresumwelt vermieden, die Beeinträchtigung und Schädigung der Umwelt auf ein Min-

maximized. Any permit issued shall contain conditions specifying among others:

- .1 the types and sources of matter to be placed;
- .2 the location of the placement site(s);
- .3 the methods to be used in achieving the placement activity;
- .4 risk management, monitoring and reporting requirements; and
- .5 removal and/or disposal/reuse/recycling of items, as appropriate, at the end of placement activity.

29 Permits should be reviewed at regular intervals, taking into account the results of monitoring, the objectives of monitoring programmes and relevant research. Review of monitoring results will indicate whether field programmes need to be continued, revised or terminated and will contribute to informed decisions regarding the continuance, modification or revocation of permits. Monitoring provides an important feedback mechanism into future permitting decisions for the protection of human health and the marine environment.

Reporting

30 The outcomes of any assessment and documentation of any permit issued shall be reported to the Secretariat and shall be made publicly available at or shortly after the time the decision is made. The Secretariat should then inform Contracting Parties.”

perturbantes ou préjudiciables pour l'environnement et à maximiser les avantages. Tout permis délivré doit comporter des conditions, en précisant, notamment :

- .1 les types et l'origine des matières qui doivent être déposées ;
- .2 l'emplacement du ou des sites de dépôt ;
- .3 les méthodes utilisées pour mener à bien l'activité de dépôt ;
- .4 les dispositions requises en matière de gestion des risques, de surveillance et de notification ; et
- .5 le retrait et/ou l'élimination/la réutilisation/le recyclage des éléments du dépôt, selon qu'il convient, à la fin de l'activité de dépôt.

29 Il faudrait revoir les permis à intervalles réguliers, en tenant compte des résultats de la surveillance, des objectifs des programmes de surveillance et des recherches appropriées. L'examen des résultats de la surveillance permettra de savoir si les programmes sur le terrain doivent être poursuivis, remaniés ou abandonnés, et contribuera à la prise de décisions bien fondées s'agissant du renouvellement, de la modification ou de l'annulation des permis. On disposera ainsi d'un mécanisme d'information en retour important pour la protection de la santé de l'homme et du milieu marin.

Notification

30 Les résultats de toute évaluation doivent être notifiés et les documents relatifs à tout permis être transmis au Secrétariat, et être rendus accessibles au public au moment où la décision est prise. Le Secrétariat devrait ensuite informer toutes les Parties contractantes. »

destmaß beschränkt und größtmöglicher Nutzen erzielt wird. Jede erteilte Erlaubnis muss Bedingungen enthalten, aus denen unter anderem Folgendes hervorgeht:

- .1 Typ und Herkunft der abzusetzenden Stoffe;
- .2 Ort(e), an dem beziehungsweise an denen das Absetzen erfolgen soll;
- .3 zur Durchführung der Tätigkeit des Absetzens anzuwendende Methoden;
- .4 Vorschriften in Bezug auf Risikomanagement, Überwachung und Berichterstattung;
- .5 gegebenenfalls Entfernung und/oder Beseitigung/Wiederverwendung/Verwertung von Gegenständen nach Beendigung der Tätigkeit des Absetzens.

29 Erlaubnisse sind in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, wobei besonderes Augenmerk auf die Ergebnisse der Überwachung, die Ziele der Überwachungsprogramme und einschlägige Forschung zu richten ist. Die Überprüfung der Überwachungsergebnisse gibt Aufschluss darüber, ob die Programme vor Ort fortgesetzt, abgeändert oder beendet werden müssen, und ermöglicht fundierte Entscheidungen in Bezug auf eine Fortsetzung, Änderung oder Aufhebung von Erlaubnissen. Die Überwachung stellt bei künftigen Genehmigungsentscheidungen einen wichtigen Rückmelde-mechanismus für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Meeresumwelt dar.

Berichterstattung

30 Über die Ergebnisse jeder Bewertung und die Dokumentation zu jeder erteilten Erlaubnis ist dem Sekretariat Bericht zu erstatten und die Ergebnisse und die Dokumentation sind öffentlich verfügbar zu machen, sobald oder kurz nachdem die Entscheidung getroffen wird. Anschließend soll das Sekretariat die Vertragsparteien unterrichten.“

Folgeänderungen

Consequential amendments

Amendements à apporter en conséquence

Consequential amendments are shown, as follows:

Article 1.9 of the Protocol is amended as follows: “Permit” means permission granted in advance and in accordance with relevant measures adopted pursuant to article 4.1.2, 6bis or 8.2

Article 3.1 of the Protocol is amended as follows: “In implementing this Protocol, Contracting Parties shall apply a precautionary approach to environmental protection from dumping of wastes or other matter or from placement of matter for marine geo-engineering activities which may be considered for permits according to annex 4”.

Article 9.1.2 of the Protocol is amended as follows: “keep records of the nature and quantities of waste or other matter for which ~~dumping~~ permits have been issued and where practicable the quantities actually ~~dumped~~, or placed in accordance with article 6bis, and the location, time and method of dumping or placement; and”

Article 9.2 of the Protocol is amended as follows: “The appropriate authority or authorities of a Contracting Party shall issue permits in accordance with this Protocol in respect of wastes or other matter intended for dumping or, as provided for in article 6bis, placement or, as provided for in article 8.2, incineration at sea.”

Article 9.3 of the Protocol is amended as follows: “In issuing permits, the appropriate authority or authorities shall comply with the requirements of article 4 and article 6bis, together with such additional criteria, measures and requirements as they may consider relevant.”

Article 10.1.2 of the Protocol is amended as follows: “vessels and aircraft loading in its territory the wastes or other matter which are to be dumped, ~~or~~ incinerated, or placed in accordance with article 6bis, at sea; and”

Article 10.1.3 of the Protocol is amended as follows: “vessels, aircraft and platforms or other man-made structures believed to be engaged in dumping, ~~or~~ incineration, or placement in accordance with article 6bis, at sea in areas within

Les amendements à apporter en conséquence sont indiqués ci-après :

L'article 1.9 du Protocole est modifié comme suit : Permis désigne l'autorisation accordée préalablement et conformément aux mesures pertinentes adoptées en application des articles 4.1.2, 6bis ou 8.2.

L'article 3.1 du Protocole est modifié comme suit : « Dans la mise en œuvre du présent Protocole, les Parties contractantes appliquent une approche de précaution en matière de protection de l'environnement contre l'immersion de déchets ou autres matières ou contre le dépôt de matières effectués au titre d'activités de géo-ingénierie marine qui peuvent être envisagées aux fins de la délivrance de permis conformément à l'annexe 4. »

L'article 9.1.2 du Protocole est modifié comme suit : « enregistrer la nature et les quantités de tous les déchets ou autres matières pour lesquels des permis ~~d'immersion~~ ont été délivrés et, lorsque cela est possible dans la pratique, les quantités qui ont été effectivement immergées, ou déposées conformément aux dispositions de l'article 6bis, ainsi que le lieu, la date et la méthode d'immersion ou de dépôt ; et »

L'article 9.2 du Protocole est modifié comme suit : « La ou les autorités compétentes d'une Partie contractante délivrent des permis conformément au présent Protocole pour les déchets ou autres matières destinés à l'immersion ou, comme il est prévu à l'article 6bis, au dépôt ou, comme il est prévu à l'article 8.2, à l'incinération en mer : »

L'article 9.3 du Protocole est modifié comme suit : « Lors de la délivrance des permis, la ou les autorités compétentes se conforment aux dispositions de l'article 4 et de l'article 6bis, ainsi qu'aux critères, mesures et conditions supplémentaires qu'elles peuvent juger pertinentes. »

L'article 10.1.2 du Protocole est modifié comme suit : « les navires et aéronefs chargeant sur son territoire des déchets ou autres matières destinés à être immergés, ~~ou~~ incinérés, ou déposés conformément aux dispositions de l'article 6bis, en mer ; et »

L'article 10.1.3 du Protocole est modifié comme suit : « les navires, aéronefs et plates-formes ou autres ouvrages artificiels présumés effectuer des opérations d'immersion, ~~ou~~ d'incinération, ou de placement conformément aux dispositions de l'article

Nachstehend werden die Folgeänderungen aufgeführt:

Artikel 1 Absatz 9 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Der Ausdruck „Erlaubnis“ bezeichnet eine im Voraus und in Übereinstimmung mit den entsprechenden Maßnahmen nach Artikel 4 Absatz 1.2, Artikel 6bis oder Artikel 8 Absatz 2 erteilte Genehmigung.“

Artikel 3 Absatz 1 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Bei der Durchführung dieses Protokolls gehen die Vertragsparteien beim Schutz der Umwelt gegen das Einbringen von Abfällen oder sonstigen Stoffen oder gegen das Absetzen von Stoffen für Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings, für die eine Erlaubnis nach Anlage 4 erwo-gen werden kann, von einem Vorsorgean-satz aus.“

Artikel 9 Absatz 1.2 des Protokolls erhält folgende Fassung: „für das Führen von Unterlagen über Art und Menge aller mit Erlaubnis eingebrachten Abfälle oder sonstigen Stoffe und, sofern möglich, über die tatsächlich eingebrachten oder nach Artikel 6bis abgesetzten Mengen sowie über den Ort, den Zeitpunkt und die Methode des Einbringens oder Absetzens“.

Artikel 9 Absatz 2 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden einer Vertragspartei erteilen nach diesem Protokoll Erlaubnisse für Abfälle oder sonstige Stoffe, die für das Einbringen oder nach Artikel 6bis für das Absetzen oder nach Artikel 8 Absatz 2 für die Verbrennung auf See vorgesehen sind und die“.

Artikel 9 Absatz 3 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Bei der Erteilung von Erlaubnissen befolgen die zuständige Behörde beziehungsweise die zuständigen Behörden Artikel 4 und Artikel 6bis und solche zusätzlichen Kriterien, Maßnahmen und Bedingungen, die sie als zweckdienlich ansehen.“

Artikel 10 Absatz 1.2 des Protokolls erhält folgende Fassung: „auf alle Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet Abfälle oder sonstige Stoffe zum Zweck des Einbringens, ~~oder~~ der Verbrennung oder des Absetzens nach Artikel 6bis auf See laden;“

Artikel 10 Absatz 1.3 erhält folgende Fassung: „auf alle Schiffe, Luftfahrzeuge und Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerke, von denen ein Einbringen, ~~oder~~ eine Verbrennung oder ein Absetzen nach Artikel 6bis auf See in Gebieten ange-

which it is entitled to exercise jurisdiction in accordance with international law.”

Article 13.1 of the Protocol is amended as follows: “Contracting Parties shall, through collaboration within the Organization and in coordination with other competent international organizations, promote bilateral and multilateral support for the prevention, reduction and where practicable elimination of pollution caused by dumping or placement of matter for marine geoengineering activities as provided for in this Protocol to those Contracting Parties that request it ...”.

Article 18.1 of the Protocol is amended as follows: “Meetings of Contracting Parties or Special Meetings of Contracting Parties shall keep under continuing review the implementation of this Protocol and evaluate its effectiveness with a view to identifying means of strengthening action, where necessary, to prevent, reduce and where practicable eliminate pollution caused by dumping, and incineration, or placement in accordance with article 6bis, at sea of wastes or other matter. To these ends, Meetings of Contracting Parties or Special Meetings of Contracting Parties may:”

6bis, en mer dans les zones dans lesquelles elle est habilitée à exercer sa juridiction conformément au droit international. »

L'article 13.1 du Protocole est modifié comme suit : « Les Parties contractantes, par leur collaboration au sein de l'Organisation et en coordination avec d'autres organisations internationales compétentes, facilitent l'appui bilatéral et multilatéral en matière de prévention, de réduction et, lorsque cela est possible dans la pratique, d'élimination de la pollution causée par l'immersion ou le dépôt de matières effectué au titre d'activités de géo-ingénierie marine conformément aux dispositions du présent Protocole, aux Parties contractantes qui en font la demande ... »

L'article 18.1 du Protocole est modifié comme suit : « Lors de leurs Réunions ou de Réunions spéciales, les Parties contractantes procèdent à un examen suivi de la mise en œuvre du présent Protocole et évaluent son efficacité en vue d'identifier les moyens de renforcer, s'il y a lieu, les mesures destinées à prévenir, réduire et, lorsque cela est possible dans la pratique, éliminer la pollution causée par l'immersion, et l'incinération, ou le dépôt conformément aux dispositions de l'article 6bis, de déchets et autres matières en mer. À ces fins, lors de leurs Réunions ou de Réunions spéciales, les Parties contractantes peuvent notamment : »

nommen wird, in denen sie nach dem Völkerrecht befugt ist, Hoheitsrechte auszuüben.“

Artikel 13 Absatz 1 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Die Vertragsparteien fördern durch Zusammenarbeit innerhalb der Organisation und in Abstimmung mit anderen zuständigen internationalen Organisationen zum Zweck der Verhütung, Verringerung und, sofern möglich, Beseitigung der durch das Einbringen oder Absetzen von Stoffen für Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings verursachten Verschmutzung, wie in diesem Protokoll vorgesehen, die bilaterale und multilaterale Unterstützung derjenigen Vertragsparteien, die Hilfe beantragen ...“.

Artikel 18 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Auf den Sitzungen oder Sondersitzungen nehmen die Vertragsparteien eine laufende Überprüfung der Durchführung dieses Protokolls vor und bewerten seine Wirksamkeit mit dem Ziel, erforderlichenfalls Mittel zur Verstärkung der Maßnahmen, die auf die Verhütung, Verringerung und, sofern möglich, Beseitigung der durch das Einbringen und Verbrennen oder Absetzen nach Artikel 6bis von Abfällen und sonstigen Stoffen auf See verursachten Verschmutzung abzielen, zu benennen. Zu diesem Zweck können die Vertragsparteien auf ihren Sitzungen oder Sondersitzungen“.

Hinweis des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Die Unterstreichungen und Streichungen sind nicht Teil des neuen Wortlauts, sondern kennzeichnen lediglich die gegenüber der bisherigen Fassung geänderten Textstellen.

Denkschrift

A. Allgemeines

Durch Entschließung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 haben die Vertragsstaaten des Londoner Protokolls das marine Geo-Engineering rechtlich verbindlich geregelt. Die Entschließung, mit großem Engagement seitens Deutschland vorangetrieben, beinhaltet die Regulierung der Meeresdüngung mit der präventiven Kontrolle der wissenschaftlichen Anwendung und dem Verbot ihrer kommerziellen Nutzung. Gleichzeitig enthält sie eine Rahmenregelung, um weitere marine Geo-Engineering-Techniken mit nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresumwelt zu erfassen. Zum ersten Mal im internationalen Recht sind dabei Kriterien zur Bestimmung eines Forschungsvorhabens sowie die zwingende Konsultation potentiell betroffener Staaten normiert worden.

Bisher haben zwei Staaten die Änderung des Londoner Protokolls ratifiziert. Die Änderung tritt 60 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, nachdem zwei Drittel der Vertragsstaaten die Änderungen ratifiziert haben.

Mit einer frühzeitigen Ratifizierung des Protokolls erwirbt die Bundesrepublik Deutschland die Legitimation, ihre Politik zur weiteren Verbesserung des Meeresschutz unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Belange mit Nachdruck zu verfolgen. Die Bundesregierung beabsichtigt durch die Aufnahme der Regelungen in das Londoner Protokoll, die kommerzielle Meeresdüngung zu verhindern und insbesondere adäquate Rahmenbedingungen für Forschungsvorhaben zu schaffen.

B. Besonderes

Die Einzelheiten der Änderungen der Entschließung LP.4(8) über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings ergeben sich aus der Anlage.

Zur Anlage

Zu Artikel 1

In Artikel 1 wird Absatz 5^{bis} eingefügt, der die Begriffsbestimmung des marinen Geo-Engineerings enthält.

Zu Artikel 6^{bis}

Der neu eingefügte Artikel 6^{bis} enthält Regelungen, die im Zusammenhang mit Tätigkeiten zum marinen Geo-Engineering zu beachten sind. Die Vorschrift beinhaltet grundsätzlich ein Absetzverbot von Stoffen, beinhaltet jedoch auch einen Genehmigungsvorbehalt für die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten. Die für die Erlaubniserteilung zu prüfenden Voraussetzungen ergeben sich aus Anlage 5. Letztlich kann eine Erlaubnis nur erteilt werden,

wenn die Tätigkeit nicht den Zielen des Londoner Protokolls widerspricht.

Zu Anlage 4

Anlage 4 enthält die Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings, die unter Erlaubnisvorbehalt stehen. Derzeit ist dies einzig die unter Nummer 1 genannte Meeresdüngung. Nummer 1.1 enthält eine Definition der Meeresdüngung. Nach Nummer 1.3 kann die Meeresdüngung nur erlaubt werden, wenn es sich dabei um rechtmäßige wissenschaftliche Forschung handelt. Meeresdüngung zu kommerziellen Zwecken ist damit ausgeschlossen.

Zu Anlage 5

Anlage 5 enthält den Bewertungsrahmen für Stoffe, die für das Absetzen nach Anlage 4 in Frage kommen.

Um überhaupt festzustellen, ob es sich bei der geplanten Tätigkeit um eine unter die Auflistung in Anlage 4 fallende Tätigkeit handelt, bedarf es nach Nummer 4 zunächst der vollständigen Beschreibung.

Nach Nummer 5 ist bei dem Antrag unter anderem auch der Nachweis zu erbringen, dass die geplante Tätigkeit nicht der bloßen Beseitigung von Stoffen oder Gegenständen dient sowie die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung der Tätigkeiten zur Verfügung stehen.

Weiterhin ist nach Nummer 6 erforderlich, den abzusetzenden Stoff ausführlich zu beschreiben, da sonst eine ordnungsgemäße Bewertung nicht vorgenommen werden kann.

Die Nummern 7 und 8 definieren Kriterien für die wissenschaftliche Meeresforschung. Insbesondere dürfen wirtschaftliche Interessen keinen Einfluss auf die Durchführung und Planung der Tätigkeiten haben.

Das Konsultationsverfahren ist in Nummer 10 bis 12 geregelt. Sind Auswirkungen auf ein Seegebiet eines anderen Staates nicht ausgeschlossen, sollen mit diesem Staat frühzeitig Konsultationen stattfinden. Das Konsultationsverfahren findet parallel zum Bewertungsverfahren vor der endgültigen Erteilung der Erlaubnis statt.

Nummer 13 enthält die Angaben, die für die Bewertung erforderlich sind und die zwingend im Antrag des Vorhabenträgers enthalten sein müssen.

Hinsichtlich der Wahl des Ortes, an dem das Absetzen von Stoffen erfolgen soll, sind die in Nummer 14 genannten Angaben erforderlich.

Um den Stoff, der abgesetzt werden soll, bewerten zu können, legt Nummer 15 Voraussetzungen fest.

Nummer 16 beinhaltet die „Auswirkungshypothese“, also eine prägnante Darstellung der zu erwartenden Folgen der Tätigkeit des Absetzens von Stoffen innerhalb des Gebietes.

Der Vorhabenträger muss nach Nummer 20 bis 22 ein Risikomanagement erstellen, um die Umweltrisiken auf ein Mindestmaß zu beschränken. Dieses muss auch eine Notfallplanung enthalten und den Vorsorgegrundsatz berücksichtigen.

Die Inhalte des Überwachungssystems regeln Nummer 23 bis 25. Es ist dabei zu überprüfen, ob die Genehmigungsvoraussetzungen eingehalten werden (Einhaltungsüberwachung) und ob die Annahmen, die während

der Überprüfung der Erlaubnis und während der Auswahl des Ortes zugrunde gelegt wurden, zutrafen und ausreichen, die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu schützen (Feldüberwachung).

Die Nummern 26 bis 29 legen die Voraussetzungen fest, unter denen eine Erlaubnis beziehungsweise Genehmigung für das Vorhaben erteilt werden kann.

Dem Sekretariat des Londoner Protokolls ist nach Nummer 30 zu jeder erteilten Erlaubnis Bericht zu erstatten.